

**Rede des Wehrbeauftragten auf der Fachtagung der Fraktion DIE LINKE zum
Thema „Armee im Einsatz und Staatsbürger in Uniform“**

am 08. April 2011

Bundeswehr steht einmal mehr vor einer **Strukturreform**:

- Bisher bekannte Eckdaten:
 - Aussetzung der Wehrpflicht
 - abermalige Verkleinerung auf 180.000 Soldatinnen und Soldaten
 - einsprungen ohne Anschubfinanzierung.

- Zwischenstatement: Kann und wir so nicht funktionieren, ist heute nicht das Thema, berührt aber mittelbar Fragen der Inneren Führung.

- Deshalb Einschub: Verunsicherung der Truppe
 - Was bedeutet das für mich, mein Einheit, meinen Verband?
 - Wo werde ich in Zukunft einst leisten und welche Chancen nimmt oder bietet mir dies Reform?

- Die Fragen sind berechtigt, Verunsicherung der Truppe mit Händen greifbar.

- Daraus folgt:
 - Entscheidungen müssen zügig getroffen und transparent gemacht werden, wenn die Betroffenen die Reform mittragen sollen.
 - Das gehört zum Kernbereich der Inneren Führung.

Die Bundeswehr als Armee im Einsatz

- Bundeswehr hat sich von einer Übungs- zu einer Einsatzarmee gewandelt. Heute bestimmen die Einsätze ihre Struktur, die Ausbildung und die Ausrüstung.
- Strukturoptimierung, Strukturkommission (Frank-Jürgen Weise):
- Bundeswehr vom Einsatz her denken.
- Früherer Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Budde: bei seinem Amtsantritt im Jahre 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den Hightech-krieg führen kann.“

Also nicht mehr „Staatsbürger in Uniform“?

- Klaus Naumann (Korreferent dieses Panels) im Jahrbuch Innere Führung 2009:
- Die Bundeswehr im Leitbilddilemma. Jenseits der Alternative ‚Staatsbürger in Uniform‘ oder ‚Kämpfer‘.

An dieser Stelle von mir nur soviel dazu:

- Schon bei der Aufstellung der Bundeswehr Mitte der 50er Jahre hieß es, es gehe darum
- „den Typ des modernsten Soldaten zu schaffen und fortzubilden,
 - der freie Mensch
 - guter Staatsbürger
 - und vollwertiger Soldat zu gleich ist“.
- Also:
 - Mensch, Staatsbürger und Soldat in einer Person.
 - Das schließt den Kämpfer ein, beschränkt ihn aber nicht darauf.

Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“

- Wir verbinden damit vor allem den Schutz seiner staatsbürgerlichen Rechte.
- Es geht aber auch um die Geltung nach außen,
- also um die individuelle Bindung des Einzelnen an Recht und Gesetz.

- Garant dieses Schutzes und dieser Pflichten ist das Rechtsstaatsprinzip.

- Auch die Bundeswehr ist als Armee in der Demokratie an Recht und Gesetz gebunden.

- Die Geltung des Rechts,
 - des nationalen wie des Völkerrechts,
 - gehört zum Kernbestand der Inneren Führung.
 - Manchmal begegnen mir Soldaten – auch Vorgesetzte-, die das in Zweifel ziehen.
 - So ließ sich ein junger Leutnant bei einem Besuch in meinem Hause sinngemäß wie folgt ein:
 - „Innere Führung, alles schön und gut, aber wor scharf geschossen wird, da gelten doch andere Gesetze!“
 - Was für eine Aussage und noch dazu – leider völlig falsch!
 - Selbstverständlich gelten im Einsatz die gleichen Gesetze wie im Inland.

- Manchmal unverständlich (Mülltrennung)
- aber der Grundsatz darf nicht in Frage gestellt werden.

- Die Konsequenzen daraus sind für die Soldaten nicht immer leicht zu verstehen.
- „Erst schickt mein Land mich nach Afghanistan, wo ich mein Leben aufs Spiel setze, und dann muss ich mich für den Dienst und mein Tun auch noch rechtfertigen“.
- Ich denke, jeder versteht, was damit gemeint ist.

- Wir müssen ihnen erklären, dass in einem Rechtsstaat jeder für sein Handeln persönlich verantwortlich ist, auch der Soldat.
- Innere Führung setzt darauf, dass der Soldat als Staatsbürger in Uniform aus dieser Verantwortung heraus handelt.
- Dienstherr muss sein Soldatinnen und Soldaten in die Lage versetzen, nach diesem Prinzip handeln zu können.

Was heißt das konkret? Welche Forderungen leiten sich draus ab?

Meines Erachtens vor allem

- Klarheit und Eindeutigkeit des politischen Mandats,
 - Benennung der politischen Ziele und der militärischen Mittel, die dafür eingesetzt werden dürfen und sollen,
 - Bereitstellung der erforderlichen Ausrüstung und Ausstattung,
 - angemessene Betreuung und Fürsorge im Einsatz und
 - Absicherung der Soldaten und ihrer Familien im Falle von Verwundung und Tod.
- Welche Probleme - insbesondere die ersten beiden Forderungen - aufwerfen können, ist in Afghanistan deutlich geworden.
 - Für die ISAF-Mission schien lange Zeit der Satz zu gelten „Es kann nicht sein, was politisch nicht sein darf“.
 - Dahinter stand die Hoffnung, dass der Einsatz militärischer Mittel außer zur Selbstverteidigung nicht erforderlich werden würde.
 - Eine trügerische Hoffnung, wie wir inzwischen wissen.

Schlussfolgerung:

- Der Einsatz bewaffneter Streitkräfte schließt regelmäßig die Anwendung militärischer Gewalt ein,
- sonst wäre er nicht erforderlich.

- Darin unterscheidet sich der Charakter internationaler Einsätze ganz wesentlich von der Situation in Europa zurzeit des kalten Krieges.
- „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen!“ hieß es damals.
- Heute müsste es sinngemäß heißen „Den Kampf denken, um kämpfen zu können“.

- kein Plädoyer für eine Militarisierung der Außenpolitik, im Gegenteil.
- Aufforderung, die Konsequenzen zu bedenken, wenn es um die Beteiligung an internationalen Einsätzen geht.
- Eine dieser Konsequenzen besteht darin, die Soldatinnen und Soldaten, die in den Einsatz geschickt werden, entsprechend auszustatten.
- Woran es unseren Soldaten im Einsatz zur Zeit fehlt, ist in meinem Berichten nachzulesen.

- Die Liste ist umfangreich und muss schneller und nachhaltiger abgearbeitet werden.

- Zwei Anmerkungen dazu:
 - Immer häufiger werden Haushalte nach dem Top-Down-Prinzip aufgestellt.
 - Der Zwang zum Sparen begrenzt die zur Verfügung zu stellenden Mittel.
 - Das stößt bei Auslandseinsätzen an seine Grenzen.
 - Wenn es um die Sicherheit, das heißt das Leben und die Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten geht, dann kann die Begrenzung der Haushaltsmittel kein Argument sein.
- Zweite Ammerkung:
 - Die operative Ebene muss mehr Einfluss auf Fragen der Ausrüstung und Beschaffung haben. Die militärischen Führer vor Ort können am besten

beurteilen, was sie zur Erfüllung ihres Auftrages brauchen und was an dem vorhandenen Material verbessert bzw. nachgebessert werden muss.

- Bundesministerium der Verteidigung und Parlament müssen sicherstellen, dass diese Forderungen zügig umgesetzt werden.
 - Das gilt für die Ausrüstung und Ausstattung
 - aber selbstverständlich nicht für die politischen Zielvorgabe, also den Auftrag.
-
- Wer den Auftrag nicht eindeutig definiert, schafft ein gefährliches Vakuum. Dieses Vakuum führt entweder zur Frustration und Hilflosigkeit der Soldaten
 - oder es fördert Tendenzen der Abkapselung und Selbstgerechtigkeit nach dem Motto: „Der verstehen sowieso nicht was wir hier tun, also machen wir, was wir für richtig halten“.

Daher: die Bundeswehr braucht auch auf der operativen Führungsebene Männer und Frauen, die nicht nur der soldatischen, sondern auch der intellektuellen Dimension eines Einsatzes gewachsen sind.

Und es braucht ein Parlament, das den Primat der Politik im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte annimmt und mit Leben erfüllt.

Kurz gesagt: Einsätze erfordern nicht weniger, sondern mehr Innere Führung und mehr Staatsbürger in Uniform.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.